



Liebe Freund*innen

Berlin ist meine - unsere Stadt in der ich schon immer wohne und lebe. Die gemeinsame demokratische sozial ökologische Gestaltung ist mir Anliegen und meine Profession als Stadtplanerin und Soziologin sowie aktive Netzwerkerin auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.

Ich bewerbe mich für ein Bundestagsmandat aus der Erfahrung dass nicht alles vor Ort und in Berlin änderbar ist. Umgestaltung in den Bezirken und Stadtteilen bedeutet eine Umsteuerung in der Landes- und Bundesgesetzgebung bzw. in der geänderten Verteilung von Regelungsaufgaben und dazugehörigen Ressourcen zwischen Bund, Ländern und Bezirken.

Diese Wahl bedeutet die deutliche Chance mitzuregieren und Gesetzgebung wesentlich mit zu gestalten. Wir haben Jahrzehnte auf nötigen Klimaschutz und Klimaanpassung hingewiesen und in Ländern und Kommunen dafür gearbeitet. Die Städte sind ein wesentlicher Ort für den nötigen Umbau von Gebäude, öffentlichem Raum und Mobilität zur CO2 Reduktion.

Der Immobilienmarkt hat sich dramatisch zu einem internationalen mit börsenähnlichem Gebaren des Kaufens und Verkaufens geändert, ohne Zusammenhang der Orte und der Menschen. Wohnen und Stadt ist Anlageobjekt. Um dieser Boden- und Immobilienspekulation mit der Folge der Segregation und Zerstörung des Gemeinwesens Stadt entgegenzuwirken müssen wir unsere Städte wieder zum handelnden Subjekt machen das Forderungen, Bedingungen stellt für unser Gemeinwesen. Dafür brauchen wir deutliche Aussagen und gesetzlichen Grundlagen zu Boden, Spekulation, Gemeinnützigkeit und Sozialpflichtigkeit sowie Klimazielen.

Die politische Arbeit gerade auch der letzten vier Jahre in Berlin in der Regierung zeigt die nötige parallelen Aufgaben im Bund auf. Fragen der Verfassungsmäßigkeit einer Sozialpflichtigkeit von Eigentum, Mietendeckel, die Inanspruchnahme von Vermietern für die Versorgung von Wohnraumsuchenden durch weitere Rechtsinstrumente und veränderte Berechnungen von Vergleichsmieten oder verpflichtende Erfassung aller Mieten können zusammen mit der Bundesebene deutlich verbindlicher geklärt werden.

Quartiere und Stadtteile – gemeinschaftlich planen und bauen

Wir sind die Partei der Basis, der Nachbarschaften, der Initiativen, der Engagierten für Wohn- und Lebensort Teilhabe im Quartier, im Stadtteil.

Die vielfältigen Herausforderungen wie Wohnungsnot, Armut, Gentrifizierung, Verdrängung von Gewerbe, Migration, Inklusion, altersgerechte Versorgung uvm. zeigen sich im Lebensumfeld und werden dort gemeinsam gemeistert. Nirgendwo anders wird sozialer Zusammenhalt so erfahrbar wie im Quartier. Dies hat die Coronapandemie umso mehr deutlich gemacht. Nachbarschaftsprojekte sozialer Träger, soziale Einrichtungen, kommunaler Initiativen sind grundlegend. Lebenswert muss die Stadt für alle sein. Wohnen und sozialer Zusammenhalt im Quartier sind gewachsene Strukturen – machen die Stadt aus.

Für vielschichtigen Möglichkeiten des Planens und Bauens von Stadt und Quartieren ist das Baugesetzbuch ein wichtiges Instrument um dies transparent mit der Stadtgesellschaft anzugehen. Die langfristige Sicherung von gebauten Strukturen und lebendigen Quartieren, Innenstädten, das schrittweise Bauen und Freilassen von Flächen, verträgliche klimaneutrale Mobilität kann unterschiedlich restriktiv geschehen. Vorkaufsrecht, Milieuschutz, Bodenbewertung, Einschränkung des Eigentums sind im Gesetz benannt, sie gilt es jedoch weiter zu präzisieren. Die Verfahren wie die Schritte sind demokratisch auszuhandeln. Vorort im Quartier sowie in der Zusammenschau der Quartiere für die Stadt kann in regelmäßigen Diskursen verträgliche Strukturen für Wohnen, Leben, Arbeiten entwickelt werden. Das Gesetz gilt es vor der schrittweisen Flexibilisierung für möglichst unbeschränkte Bebau-

ung zu schützen und die scheinbar komplexen Verfahren einfach darzustellen. Wir wollen das Baugesetzbuch Sichten und integrierte Stadtentwicklungskonzepte für einen demokratischen Diskurs und Verpflichtung zu Sicherung und Entwicklung der Stadt nutzen.

Milieuschutz, Wohngemeinnützigkeit, Boden

Milieuschutz, die Sozialpflichtigkeit von Eigentum und Wohngemeinnützigkeit ist für das Gemeinwesen Stadt und den sozialen Frieden aller Bürger*innen gefragt. Den Wohnort auswählen zu können und ihn nicht zu verlieren aufgrund zu hoher Mieten ist selbstverständlich. Ziel unserer Politik ist hierfür die Inanspruchnahme, Erwerb bzw. die Belegungsbindung von Wohnungen im Spannungsfeld der Aufgaben und Gesetzgebung von Bund, Land, Bezirk zu regeln. Auf allen Ebenen mit zu regieren wäre eine Chance des sinnvollen Abgleiches.

Eine Wohngemeinnützigkeit einzuführen wäre ein Schritt auf Berliner Ebene - besser wäre eine gesamtdeutsche Verpflichtung. Die vielfältigen Ebenen der Gesetzgebung und Regelung sollten zum Schutz des Bodens als Gemeingut bzw. mit gemeindlicher Verpflichtung auch des Privateigentums sollten abgeglichen und sozialökologisch geschärft werden.

Miete, Mietrecht und Klimaschutz/ -anpassung

Das Ausbauen, Halten und Schützen von Strukturen ist ebenso wie der ökologische, klimaschützende sowie dem Klima angepassten Umbau oberstes Ziel. Dieser scheinbare Konflikt ist unser Auftrag für sozialen Zusammenhalt und ökologischen Umbau. Hierfür werden Finanzen umzuverteilen sein und Gesetze zu verbessern.

Mehr als dringlich ist ein besseres Mietrecht auf Bundesebene für Wohnen und Gewerbe, das die Strukturen auch unsere Stadt und Quartiere lebendig hält. Klimabewusster Stadtumbau, Neubau und Gebäude-Modernisierungen gehen nur mit notwendigem Maß für Energieeinsparung, erneuerbaren Wärmequellen, Nutzung adäquater Baustoffe und nur ohne Verdrängung der Mieter*innen angesichts der Modernisierungsumlage. Das Spannungsfeld zwischen sozialverträgliche Mieten und nötiger Modernisierung und Klimaanpassung und -schutz gilt es in diesem Gesetz anzugehen. Das "Mieter-Vermieter Dilemma" ist in eine gerechte Kostenverteilung und Sozialverträglichkeit zu verwandeln. Die Modelle des Ausgleichs zwischen Warm- und Kaltmieten sind entsprechend auszuwerten.

Finanzierung/ Förderung

Um die nötigen Möglichkeiten der Kommunen und Länder für klimabewusste Stadtentwicklung, Wohnen und Mieten zu verbessern wird es neben einer besseren Verteilung der Verantwortlichkeiten auch um die der Finanzen und Förderungen gehen. Eine reine Verteilung der Finanzen über Förderung ist immer auch Abhängigkeit und häufig wenig Vorort orientiert, daher wird es generell um Kommunalfinanzierung gehen müssen.

Fördermodelle zur Sicherung der sozialökologischen klimaaffinen Stadt und des Wohnens gilt es zu zusätzlich zu verbessern. Die Städtebauförderung als Bund-Länder - Förderung für Quartiere und Städte ist zusammen mit dem Baugesetzbuch eine wichtige Methode, die es daraufhin zielgerichteter zu verbessern gilt. Für Wohnungsbauförderung wird die Möglichkeit einer langfristigen Bindung nötig.

Meine Kompetenz auf dem Feld der Mieten, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ist beruflich wie Verbands und Partei gestützt:

Seit 2017 bin ich wieder Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Planen, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung und delegiert in die entsprechende BAG. Seit 2018 bin ich im Parteirat für die LAG bzw. die Aktiven im KV-Kreisfrei und koordiniere die Treffen der Sprecher*innen der LAGen mit.

In der Partei bin ich seit 1988 aktiv. Seit den 90ern bin ich Mitglied. Bis 2000 war ich in allen Gremien der Landespartei vertreten, von 1994 bis 1997 im Landesvorstand Berlin.

Von 1997 bis heute habe ich Veranstaltungen zur Stadtentwicklung und Wohnen für und mit dem BlwAK e.V. vorbereitet und durchgeführt.

Ich habe zwischen 2003 und 2020 mein Büro für Architektur und Stadtplanung aufgebaut und geführt und bin im Bundesvorstand der Vereinigung für Stadt, Regional- und Landesplanung (SRL e.V.).

Ich bin gut vernetzt und biete dies sowie mein Wissen und Können zur Wahl ab Platz 13.

Für weitere Fragen, Austausch gerne unter susanne.jahn@gmx.net

21.11.20